

Niederschrift der 20. Ratssitzung vom 07.07.2011

Ort: Grundschule Süd-West, Wilhelm-Koenen-Str.

Tag: 07.07.2011

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:45 Uhr

Anwesenheit: Oberbürgermeister Herr Ralf Poschmann
30 Stadträte

Herr Dieter Klein	CDU
Frau Monika Rauhut	CDU
Frau Regine Römmisch	CDU
Herr Andreas Skrypek	CDU
Frau Regina Stahlhacke	CDU
Herr Reinhard Windolph	CDU

Herr Michael Dietrich	DIE LINKE.
Herr Peter Dietrich	DIE LINKE.
Herr Manfred Fischer	DIE LINKE.
Herr Holger Hüttel	DIE LINKE.
Herr Klaus Kotzur	DIE LINKE.
Frau Christine Kümmel	DIE LINKE.
Frau Sabine Künzel	DIE LINKE.
Herr Günter Prause	DIE LINKE.
Herr Axel Sell	DIE LINKE.
Frau Iris Töpsch	DIE LINKE.

Herr Siegmар Hecker	BOS
Herr Andreas Herold	BOS
Herr Peter Matthes	BOS
Herr Bert Mrozik	BOS
Frau Katrin Scheffel	BOS
Herr Helmut Schmidt	BOS
Herr Jürgen Telle	BOS
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser	BOS

Herr Mike Bösel	B.I.S.
Herr Klaus Peche	B.I.S.
Herr Lothar Wolfram	B.I.S.

Frau Christine Block	SPD
Herr Arndt Kemesies	SPD

Herr Helmut Qual	F.D.P.
------------------	--------

entschuldigt fehlten:

Herr Dr. Dankward Vollmer	CDU
Herr Thomas Peckruhn	CDU
Frau Gesine Liesong	B.I.S.
Frau Käthe Olschak	B.I.S.
Frau Nadine Hampel	SPD
Herr Heiko Brunthaler	NPD

verspätet erschienen:	Herr Raik Polster	B.I.S.	16:03 Uhr
	Herr Udo Halle	CDU	16:15 Uhr
	Herr Volker Schachtel	CDU	16:43 Uhr
	Herr Udo Schwarz	F.D.P.	17:03 Uhr
vorzeitiges Verlassen:	Herr Raik Polster	B.I.S.	18:20 Uhr
	Frau Regine Römmisch	CDU	18:20 Uhr
sachkundige Einwohner:	Herr Veit Baeske		
	Herr Peter Bloßfeld		
	Herr Volker Kinne		
	Herr Thomas Klaube		
	Herr Wolfgang Müller		
	Frau Katja Otte		
	Frau Iris Reiche		
	Herr André Röthel		
	Frau Yvonne Röthel		
	Herr Lothar Sanftleben		
	Frau Daniela Schunke		
	Frau Ilka Stutika		
stellv. Ortsbürgermeister:	Herr Lutz Thiele	OT Wettelrode	
	Herr Gerhard Schultz	OT Großeinungen	
Stadtverwaltung:	Herr Jens Schuster	Fachbereichsleiter Zentrale Dienste und Finanzen	
	Herr Torsten Schweiger	Fachbereichsleiter Stadtentwicklung und Bauen	
	Herr Udo Michael	Fachbereichsleiter Bürgerservice	
	Herr Daniel Stollberg	Büroleiter des Oberbürgermeisters	
	Frau Sibylle Lucas	Referentin Kulturelle Bildung, Demografische Entwicklung und Bürgerliches Engagement	
	Frau Marina Becker	Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Städtepartnerschaften	
	Frau Karin Schiller	Ratsbüro	
	Frau Simone Jung	Ratsbüro	
Tagungsleitung:	Herr Jürgen Telle	amtierender Stadtratsvorsitzender	

Tagesordnung gemäß Einladung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung der Niederschrift der 19. Ratssitzung vom 26.05.2011**
- 4. Bericht des Oberbürgermeisters**
- 5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters**
- 6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
 - 6.1 Fördermitgliedschaft im Regionalverband Harz
 - 6.2 Satzung der "Anny-Bauer-Tierheim-Stiftung"
 - 6.3 Nutzungsvereinbarung mit dem madhouse e.V. zum Jugendzentrum Südwest "Buratino"
 - 6.4 Schließung / Neueröffnung einer Kindertageseinrichtung im OT Oberröblingen
 - 6.5 2. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Jahre 2010 bis 2017
 - 6.6 Teilnahme der Stadt Sangerhausen am Teilentschuldungsprogramm "STARK II" des Landes Sachsen-Anhalt

- 6.7 Ermächtigung zur Aufnahme eines Kassenkredites
- 6.8 Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Sangerhausen - 1. Lesung
- 6.9 Satzung über die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Sangerhausen - Straßenreinigungsgebührensatzung - 1. Lesung
- 6.10 Kalkulation Straßenreinigung -1. Lesung
- 6.11 Auslegungsbeschluss für die Werbeanlagensatzung für das förmlich festgelegte Sanierungsgebiet "Sangerhausen Kernstadt"
- 6.12 Einziehung eines öffentlichen Straßenteils in der Ortschaft Oberröblingen - Am Hopfberg
- 6.13 Optimierung des Regiebetriebes Bauhof der Stadt Sangerhausen nach vorliegendem Konzept und Masterplan - 2. Lesung und Beschlussfassung
- 7. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung**
- 7.1 Neuabschluss Gaskonzessionsvertrag
- 7.2 Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des AZV und TZV Südharz
- 8. Informationsvorlagen in nichtöffentlicher Sitzung**
- 8.1 Information über Beschlüsse des Hauptausschusses
- 8.2 Information über Beschlüsse des Sanierungsausschusses
- 9. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der amtierende Vorsitzende des Stadtrates Herr Jürgen Telle eröffnet die 20. Stadtratssitzung und begrüßt den Oberbürgermeister, die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister, ihre Stellvertreter, Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

Ladefrist: Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

Beschlussfähigkeit: Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 30 Stadträte und der Oberbürgermeister sind anwesend.

Öffentlichkeit: Die TOP 1. - 6.13 und 9. werden in öffentlicher Sitzung behandelt.
Die TOP 7. - 8.2 werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt.

Glückwünsche zum Geburtstag

Herr Telle und Herr Poschmann gratulieren Herrn Gerhard von Dehn-Rotfelser nachträglich zum 65. Geburtstag.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

16:03 Uhr

Herr Polster kommt = **32**

Herr Telle informiert, dass der TOP 6.7 Ermächtigung zur Aufnahme eines Kassenkredites von der Verwaltung zurückgezogen wird.

Herr Poschmann beantragt, die TOP 6.8 bis 6.10 von der Tagesordnung zu nehmen. In Ausschuss-, Fraktions- und Ortschaftsratssitzungen wurde die Straßenreinigung beraten. Zahlreiche Anregungen, Bedenken und Hinweise gingen ein. Er bittet darum, der Verwaltung weitere Hinweise bis Ende Juli zuzuarbeiten, damit in der nächsten Sitzung neue Vorlagen eingebracht werden können und um Zustimmung zur Absetzung der TOP.

Abstimmung über den Antrag, die TOP 6.8 bis 6.10 von der Tagesordnung abzusetzen.

Ja-Stimmen = 31
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist der Antrag mehrheitlich angenommen. Nachfolgende TOP verschieben sich entsprechend.

Abstimmung über die geänderte Tagesordnung

Ja-Stimmen = 32
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die geänderte Tagesordnung einstimmig bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift der 19. Ratssitzung vom 26.05.2011

Frau Töpsch war bei der letzten Ratssitzung nicht anwesend. Sie hat den Bericht des Oberbürgermeisters, als Anhang der Niederschrift vermisst und fragt, ob sie ihn noch zugeschickt bekommt oder aus den "Sangerhäuser Nachrichten" entnehmen soll.

Herr Telle versichert, dass der Bericht nachgereicht wird.

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen = 30
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 2

Damit ist die Niederschrift genehmigt.

4. Bericht des Oberbürgermeisters

Der Bericht des Oberbürgermeisters wurde vor der Ratssitzung verteilt und den nichtanwesenden Stadträten am 11.07.2011 zugeschickt.

16:15 Uhr
Herr Halle kommt = 33

5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Anfragen des Stadtrates Herrn Hüttel, Fraktion DIE LINKE.

Herr Hüttel vermisst Aussagen zur neu renovierten Grundschule im Wohngebiet Othal. Bei der feierlichen Übergabe glänzte die Presse durch Abwesenheit. Er erwartet hierzu eine Information. Hinsichtlich der Bewerbung zur Landesgartenschau möchte er wissen, um welche Summe es vor 6 Jahren ging, als der Stadtrat wegen der Finanzierung ablehnte. Er fragt, warum das Konzept so teuer ist, noch dazu, wo schon eines existiert. 10 T€ sind eingeplant. Woher kommt jetzt die Steigerung auf 17.500 € ?

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann begründet die Annahme des Angebotes von der Firma, die bereits damals das Konzept erstellt hat. Es macht Sinn dieses Konzept fortzuschreiben. Im Angebot sind Dokumentationen sowie die inhaltliche Aufarbeitung und Beratung im Stadtrat enthalten. Es wird ein Prozess ablaufen, in dessen Ergebnis sich Stadtrat und Verwaltung über die Finanzen verständigen.

Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger

Herr Schweiger spricht von 2 verschiedenen Haushalten der Landesgartenschau, vom Durchführungs- und vom Investitionshaushalt. Der Investitionshaushalt war damals mit etwa 3 Mio. € Defizit über 5 Jahre belastet.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann äußert sich zum Thema Grundschule im Wohngebiet Othal. Fassade und Fenster wurden saniert. Höhepunkt an besagtem Tag war die Umbenennung der Grundschule in "Grundschule Am Rosarium". Die Schule ist auf einem sehr guten Weg, ihren schlechten Ruf abzustreifen. Verdient hat sie diesen nicht. Sie ist zur Zeit eine der am besten ausgestatteten Schulen und von der Größe her, angemessen.

Anfrage des Stadtrates Herrn Peche, B.I.S.-Fraktion

Herr Peche dankt dem Oberbürgermeister, dass er sich der Thematik Kennzeichen SGH noch einmal angenommen hat. Auf Kreisebene läuft nicht viel. Die Verkehrsministerkonferenz hat am 06. und 07. April dazu getagt. Es wurden Beschlüsse gefasst, dass bis 2012 weiter daran gearbeitet werden soll. Der Initiative haben sich bereits 106 Städte angeschlossen. Eine Einbindung der Landkreise ist nicht notwendig. Die Städte können sich auch direkt mit den Ratsbeschlüssen an das Land wenden. Es ist gewollt, dass sich Städte bündeln. Vorreiterrolle hat Mecklenburg-Vorpommern. Hier werden 5 Städte schon ab September ihr altes Kennzeichen zurück bekommen.

In der Ratssitzung am 10.03.2011 wurde ein Grundsatzbeschluss zur Unterstützung der Errichtung einer Biogasanlage im Ortsteil Breitenbach gefasst. Er fragt nach dem Stand der Unterstützung, ob die Arbeiten aufgenommen wurden und ob es Komplikationen gibt. Arbeiten Stadt und Initiatoren zusammen?

Im Bericht wurde von einem langfristigen Durchschnitt von Besucherzahlen des Berg- und Rosenfestes gesprochen. Es ist alarmierend, dass seit dem 100-jährigen Bestehen des Berg- und Rosenfestes, als die Besucheranzahl sehr hoch war, jährlich immer weniger Zuschauer zu verzeichnen sind. Da nicht gerade wenig Geld dafür ausgegeben wird, stellt sich die Frage, ob mit der Rosenstadt GmbH die richtigen Wege eingeschlagen wurden und ob es richtig ist, dass die Vermarktung immer mehr in Richtung Gastronomie geht. Lange genug dauerte die Diskussion um den Stadeingang. Es muss versucht werden, das Rosarium der Stadt Sangerhausen mit den Bürgern der Stadt Sangerhausen näher zusammenzubringen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann glaubt, dass es nicht an den Strukturen liegt, sondern an den äußeren Bedingungen. Zur gleichen Zeit fanden in der Umgebung zahlreiche Festlichkeiten statt. Am Pfingstwochenende kamen z.B. ca. 7.500 Besucher. D.h. es liegt nicht unbedingt an der Vermarktung und dem kulturellen Angebot. Die Zahlen sind stark abhängig vom Freizeitverhalten der Bürger und nicht zuletzt vom Wetter.

Die Hinweise in Bezug auf das Kfz-Kennzeichen werden von der Verwaltung angenommen. Der Antrag wurde über den Landkreis geleitet. Ein direkter Kontakt mit dem Land kann hergestellt werden.

Die Verwaltung, insbesondere Frau Franke von der Wirtschaftsförderung, begleitet das Projekt Biogasanlage bereits seit Jahren. Es soll positiv zu einem Ende gebracht werden. Seit Anfang des Jahres wurde gesagt, dass die Realisierung nur über ein B-Plan-Verfahren erfolgen kann, da es sich um ein Landschaftsschutzgebiet handelt. Die Bauvoranfrage konnte nur negativ beschieden werden. Die Kriterien wurden mit den Antragstellern abgestimmt. Der Standort wird neu gewählt. Er soll näher am besiedelten Gebiet, aber außerhalb des Landschaftsschutzgebietes liegen. In Abstimmung mit dem Landkreis ist das Vorhaben nur über einen B-Plan zu verwirklichen. Diesbezüglich ist die Verwaltung mit dem Träger im Gespräch, der signalisieren muss, wann der B-Plan für das Gebiet stehen soll. Eine Inbetriebnahme bis zum 31.12.2011 ist dadurch sicher nicht möglich. D.h. die Finanzierung muss überarbeitet werden, wenn die neuen Bedingungen feststehen.

Anfragen der Stadträtin Frau Töpsch, Fraktion DIE LINKE.

Frau Töpsch hat eine Anfrage zum Thema Landesgartenschau. Im Bericht wurde gesagt, dass die Finanzierung durch den Stadtrat nicht mitgetragen wurde. D.h. es liegt ein negativer Ratsbeschluss zur Bewerbung an einer Landesgartenschau vor. Sie möchte wissen, woher die Verwaltung jetzt das Recht nimmt, eine Bewerbung zu erarbeiten. Ist nicht ein neuer Grundsatzbeschluss dieses Rates notwendig? Außerdem fragt sie, woher die Stadt bei Haushaltssperre und Fortschreibung der Konsolidierung 7.500 € nimmt.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann verweist darauf, dass der politische Wille des Rates bereits deutlich formuliert wurde. Die Deckung erfolgt aus anderen Haushaltsstellen. Um eine sachgerechte Entscheidung treffen zu können, muss das Konzept überarbeitet werden und dazu sind finanzielle Mittel notwendig. Im Haushaltsplan waren 10 T€ eingestellt. Das Angebot beinhaltet wichtige Maßnahmen. Es geht schließlich um die Akquise von Fördermitteln, wenn es gelingt die Landesgartenschau 2018 nach Sangerhausen zu holen.

Wortmeldung des Stadtrates Herrn Skrypek, CDU-Fraktion

Herr Skrypek erinnert, dass der Stadtrat damals abgelehnt hat, weil die Möglichkeit nicht bestand. Man war sich aber darüber einig, dass das Thema erneut aufgenommen wird, wenn es 2018 zusammen mit dem Weltrosenkongress auf der Tagesordnung steht.

KASSETTENWECHSEL

Anfrage des Stadtrates Herrn Sell, Fraktion DIE LINKE.

Herr Sell weist darauf hin, dass sich der Kreisverband der Gartenfreunde in die Lenkungsgruppe der Stadt Sangerhausen eingebracht hat. Für die Kleingärtner ist es unverständlich, dass am 25. und 26. Juni, Parkplatz und Hang gemäht wurden und jetzt noch 2 große Haufen dort liegen. Die Folge ist, dass die Haufen mit der Zeit immer größer werden. Er fragt, wann der Abtransport erfolgt und warum den Kleingärtnern an diesen beiden Tagen verwehrt wurde, auf dem Parkplatz zu parken. In den vergangenen Jahren war das nicht der Fall.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann kann im Moment nur vermuten, dass eventuell wegen des Berg- und Rosenfestes und der Bewirtschaftung des Parkplatzes Vorsorge getroffen wurde. Über die liegengelassenen Haufen kann er derzeit keine Angaben machen.

6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

6.1 Fördermitgliedschaft im Regionalverband Harz

Begründung: Herr Poschmann

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte einstimmig zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte einstimmig zu.

Herr Windolph weist auf einige Tippfehler in der Begründung hin.

Herr Hüttel kritisiert, dass eine falsche Haushaltsstelle angegeben ist. Die richtige Haushaltsstelle lautet 02000.66110 (Beiträge kommunale Spitzenverbände).

Herr Poschmann wird die Fehler in der Begründung, die Haushaltsstelle und im Beschlusstext das Wort 'Bürgermeister' in 'Oberbürgermeister' korrigieren lassen.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Aufnahmeantrag als Fördermitglied für den Regionalverband Harz e.V. zum 01.01.2012 zu stellen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 31
Nein-Stimmen = 1
Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1-20/11** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

6.2 Satzung der "Anny-Bauer-Tierheim-Stiftung"

Begründung: Herr Poschmann

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt folgende Satzungsänderung der "Anny-Bauer-Tierheim- Stiftung":
§ 6 Stiftungsorgan

Organ der Stiftung ist ein Beirat bestehend aus 3 Personen. Er besteht aus:

- dem Fachbereichsleiter Zentrale Dienste und Finanzen*
- einem Vertreter des Trägers des Tierheimes Sangerhausen*
- einem Mitglied des Stadtrates der Stadt Sangerhausen.*

Der Beirat beschließt über die Verwendung der Stiftungsmittel. Er regelt seine innere Ordnung selbst. Die Änderung tritt am Tag nach der Beschlussfassung in Kraft.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 33
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 2-20/11** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

6.3 Nutzungsvereinbarung mit dem madhouse e.V. zum Jugendzentrum Südwest "Buratino"

Vor der Ratssitzung wurde eine Austauschvorlage verteilt. Diese wurde den nichtanwesenden Stadträten am 11.07.2011 zugeschickt.

16:43 Uhr
Herr Schachtel kommt = 34

Herr Poschmann begründet die Beschlussvorlage und bittet darum, im Beschlusstext unter Nummer 1 'Jugendzentrum Südwest "Buratino"', hinter dem Wort Objekt einzufügen.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte einstimmig zu.

Stellungnahme des Sozialausschusses, Stadtrat Herr Klein, stellv. Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte einstimmig zu (ohne Punkt 3).

Herr Hüttel macht darauf aufmerksam, dass die Mittel für den Zukunftsfonds noch nicht freigegeben wurden. Er möchte wissen, wie es weitergeht. Der nächste Kreistag findet erst am 05. Oktober statt.

Herr Poschmann erklärt, dass ein Einzelbescheid vorliegt. Die Mittel wurden schon zugesagt. Unter anderem wird der noch fehlende Förderbescheid Thema des morgigen Gesprächs mit dem Landrat sein.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt mit dem Verein madhouse e.V. eine Vereinbarung mit einer Laufzeit von 20 Jahren abzuschließen. Darin soll geregelt werden, dass

1. *das Objekt Jugendzentrum Südwest "Buratino" über die gesamte Laufzeit des Vertrages für Aufgaben der Jugendpflege zur Verfügung gestellt wird und*
2. *der Verein ermächtigt wird, einen Vertrag zur Dachsanierung und Installation einer Photovoltaikanlage mit einer Laufzeit von 20 Jahren mit der SRU-Solar AG, Berga abzuschließen.*
3. *die Stadt Sangerhausen auf Verlangen eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit zum Errichten und Betreiben der Photovoltaikanlage im Grundbuch bestellt.*

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 34
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-20/11** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

6.4 Schließung / Neueröffnung einer Kindertageseinrichtung im OT Oberröblingen

Vor der Ratssitzung wurde eine Austauschvorlage verteilt. Diese wurde den nichtanwesenden Stadträten am 11.07.2011 zugeschickt.

Begründung: Herr Michael

Stellungnahme des Sozialausschusses, Stadtrat Herr Klein, stellv. Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte einstimmig zu.

Der **Ortschaftsrat Oberröblingen** stimmte einstimmig zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die Schließung der Kindertageseinrichtung Parkweg 3 im Ortsteil Oberröblingen zum 31.07.2011. Gleichzeitig wird die neu erbaute Kindertageseinrichtung im Ortsteil Oberröblingen, Kirchstraße 4 nach Fertigstellung, spätestens zum 31.07.2011, in Betrieb genommen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 34
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-20/11** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

6.5 2. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Jahre 2010 bis 2017

Begründung: Herr Schuster

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 6 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 6 Ja-Stimmen einstimmig zu.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 5 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Sozialausschusses, Stadtrat Herr Klein, stellv. Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Wirtschafts- und Umweltausschusses, Stadtrat Herr Prause, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 5 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.

Die Beschlussvorlage wurde in **allen Ortschaftsräten** beraten. Die Räte von Riestedt und Oberröblingen stimmten einstimmig zu. In den anderen Ortschaften fanden keine Abstimmungen statt.

Frau Scheffel fragt, ob es eine Ursache dafür gibt, dass so viele Ortschaftsräte nicht abgestimmt haben.

Herr Telle erklärt, dass gemeinsame Sitzungen mehrerer Ortschaften zu den TOP 6.5 und 6.8 bis 6.10 stattfanden, in dessen Verlauf nicht das Abstimmungsverhalten jeder einzelnen Ortschaft abgefragt wurde. Separate Sitzungen fanden nur teilweise statt.

Herr Mrozik bestätigt die Ausführungen von Herrn Telle. Wegen umfangreicher Informationen zur Straßenreinigungssatzung gelang es vielen Ortschaftsräten in der Kürze der Zeit nicht, in separaten Sitzungen über das Haushaltskonsolidierungskonzept zu beraten.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die in der Anlage beigefügte 2. Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes für die Jahre 2010 bis 2017.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	20
Nein-Stimmen	=	3
Stimmenenthaltungen	=	11

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5-20/11** registriert.
Inkrafttreten am: Tag nach der Veröffentlichung

6.6 Teilnahme der Stadt Sangerhausen am Teilentschuldungsprogramm "STARK II" des Landes Sachsen-Anhalt

Begründung: Herr Schuster

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte einstimmig zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte einstimmig zu.

Herr Prause fragt nach den Zinssätzen der Banken, um zu vergleichen und somit Verbesserungen zu erkennen.

Herr Schuster informiert, dass es sich um Euriborkredite handelt, bei denen sich alle 3 Monate der Zinssatz ändert. Die Margenbindung ist festgeschrieben bis 2011, 2019 und 2021. Über den genauen Zinssatz kann er momentan keine Auskunft geben. Das Wesentliche dieses Programmes ist, dass sofort eine Entschuldung von 1,9 Mio. € und ein hervorragend günstiger Zinssatz erzielt wird. Außerdem wird in erheblichem Maße gespart.

Beschlusstext:

Im Rahmen des Teilentschuldungsprogramms "STARK II" wird der Oberbürgermeister ermächtigt, die Umschuldung für nachfolgend aufgeführte Kommunaldarlehen vorzunehmen.

1. Sparkasse Mansfeld-Südharz Darlehensnummer 8150018116 / neu 6763018116

2. Sparkasse Mansfeld-Südharz Darlehensnummer 8150018124 / neu 6763018124

3. NordLB aus Mitteln der Europäischen Investitionsbank Darlehensnummer 2113390024

Weiterhin wird der Oberbürgermeister ermächtigt, die dazu erforderliche Konsolidierungspartnerschaft mit der Investitionsbank zu vereinbaren.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 34

Nein-Stimmen = 0

Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 6-20/11** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

17:01 Uhr -Beginn der EINWOHNERFRAGESTUNDE

Anfrage der Bürgerin Frau Katrin Scheffel, Sangerhausen, Oberröblinger Str. 12

Frau Scheffel macht darauf aufmerksam, dass sich in der Nähe des Schützenplatzes zur Zeit wieder sehr viele Menschen aufhalten, die nicht unbedingt zum besten Erscheinungsbild am Springbrunnen beitragen. Sie hat dort auch schon die Polizei gesehen, die aber nicht immer präsent sein kann. Eltern können sich mit ihren Kindern nicht mehr in der Nähe aufhalten, es sei denn, sie gehören dazu. Den Bürgern bietet sich an dieser Stelle ein grauenhaftes Bild. Sie fragt, wie weiter verfahren werden soll und verweist auf die Satzung.

17:03 Uhr

Herr Schwarz kommt = 35

Antwort des Fachbereichsleiters Bürgerservice Herrn Michael

Herr Michael bestätigt. Es gibt im Moment nur eine Lösung. Gemeinsam mit der Polizei ist der Vertreibungseffekt einzuleiten. D.h. massive Präsenz vor Ort und die Leute an eine andere geeignete Stelle versetzen. Alles andere funktioniert nicht.

KASSETTENWECHSEL

Geahndet werden kann Alkoholtrinken im öffentlichen Raum nicht, nur die Folgeerscheinungen, wenn sie ein gewisses Ausmaß erreicht haben und an Personen dingfest gemacht werden können.

Wortmeldung der Bürgerin Frau Katrin Scheffel, Sangerhausen, Oberröblinger Str. 12

Frau Scheffel macht noch einmal deutlich, dass das Problem ernst zu nehmen ist. Die Stadträte sollten sich selbst ein Bild davon machen, das sich nicht nur am Springbrunnen, sondern auch an anderen Stellen in der Stadt bietet.

Wortmeldung des Ortsbürgermeisters Herrn Schmidt, Sangerhausen, OT Riestedt, Mansfelder St. 10

Herr Schmidt bedankt sich herzlich im Namen der Bürger von Riestedt bei den Mitarbeitern des Bauhofes, die den Friedhof in einen ordentlichen Zustand gebracht haben.

Anfrage des Bürgers Herrn Volker Schachtel, Sangerhausen, OT Riestedt, Am Rosentalweg 14

Herr Schachtel hatte folgendes Problem schon einmal angesprochen. Die Riestedter Straße, vom Kino in Richtung Stadtring, ist die kürzester Einbahnstraße von Sangerhausen. Wenn man aus der Stadt heraus fahren möchte, muss man entweder die Göpenstraße oder die Alte Magdeburger Straße nutzen. Es sollte überlegt werden, die Schilder zu entfernen, um unkomplizierter in Richtung Osten, die Stadt verlassen zu können.

Wortmeldung des amtierenden Vorsitzenden Herrn Telle

Herr Telle teilt nach Absprache mit dem Oberbürgermeister mit, dass nach Beratung in der Verwaltung eine Antwort folgen wird.

Anfrage des Bürgers Herrn Wolfgang Müller, Sangerhausen, Friedrich-Engels-Str. 19 A

Herr Müller hat vor kurzem noch in Wippra gewohnt und schildert die gleichen Probleme mit trunkenen Leuten in der Nähe der Kaufhalle. Bürger werden im Vorbeigehen angepöbelt und urinieren in aller Öffentlichkeit. Im Wirtschafts- und Umweltausschuss hat er bereits das Anliegen vorgetragen, aber getan hat sich bis jetzt seitens des Ordnungsamtes noch nichts. Er macht darauf aufmerksam, dass Wippra ein Kurort ist und sich der Platz des Anstoßes direkt an der Hauptstraße befindet. Touristen und Besucher werden durch den Anblick abgeschreckt.

Antwort des Fachbereichsleiters Bürgerservice Herrn Michael

Herr Michael verweist darauf, dass das Amt nur tätig werden kann, wenn konkrete Hinweise zu konkreten Sachverhalten von Bürgern eingehen. Gerade in den Ortschaften kennt man die Leute. Sie müssten namentlich genannt werden und dazu noch Datum und Uhrzeit. Mit diesen Hinweisen und Zeugen kann dann dagegen vorgegangen werden.

Wortmeldung des Bürgers Herrn Wolfgang Müller, Sangerhausen, Friedrich-Engels-Str. 19 A

Herr Müller kann einige Namen nennen und kennt die gewöhnlichen Zeiten der Treffen. In der Pause wird er Herrn Michael die Informationen geben.

Anfragen des Bürgers Herrn Lothar Wolfram, Sangerhausen, Hinter der Ulrichkirche 2

Herr Wolfram hat eine Anfrage zum Schlosserker. Die Errichtung war recht teuer und er ist zudem ein beliebtes Fotoobjekt. Seit einigen Wochen stehen zwei Verkehrsschilder mit Höhenbegrenzung davor. Er fragt, ob es sein muss, dass die Schilder so dicht am Erker stehen. Es sollte geprüft werden, ob sie überhaupt notwendig sind und wenn ja, dann sollten sie so platziert werden, dass sie nicht mehr auf Fotos zu sehen sind.

Außerdem fragt er, warum zu dieser Zeit die Springbrunnen noch leer sind.

Er kritisiert die Öffnungszeiten der Entsorgungsstelle für Grünschnitt. Die Schließzeiten haben sich so verändert, dass Berufstätige kaum die Möglichkeit haben, dort etwas hinzubringen. Er weiß, dass das Problem in der Zuständigkeit des Landkreises liegt, aber die Stadt könnte darauf Einfluss nehmen.

Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger

Herr Schweiger erklärt, dass die Verkehrsschilder am Schlosserker notwendig sind. Die Poller schützen den Erker im unteren Bereich. Es wurde allerdings festgestellt, dass dort Lkw mit großen Aufbauten entlang fahren. Die Schilder müssen auf der rechten Seite stehen, wo auch die Quelle ist. Es ist wichtig, den Erker maximal zu schützen.

Am Springbrunnen auf dem Schützenplatz ist die Pumpe defekt und an dem auf dem Markt, die Nachspeisung. Für beide Reparaturen werden zur Zeit Kostenvorschläge eingeholt.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Poschmann

Herr Poschmann stellt fest, dass das Problem um die Öffnungszeiten des Recyclinghofs und was dort noch abgegeben werden kann, mit dem Landkreis besprochen werden muss.

Anfrage des Bürgers Herrn Lutz Thiele, Sangerhausen, OT Wettelrode, Sohlweg 48

Herr Thiele macht darauf aufmerksam, dass die Rosenkegel in der Riestedter Straße keine Rosen mehr haben. Sie sollten neu bepflanzt werden.

Antwort des Fachbereichsleiters Stadtentwicklung und Bauen Herrn Schweiger

Herr Schweiger informiert, dass der Bauhof dabei ist, die Nachpflanzung zu organisieren.

17:17 Uhr -Ende der EINWOHNERFRAGESTUNDE

6.7 Auslegungsbeschluss für die Werbeanlagensatzung für das förmlich festgelegte Sanierungsgebiet "Sangerhausen Kernstadt"

Begründung: Herr Schweiger

17:20 Uhr
Herr Schmidt geht = 34

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt, den in der Anlage beigefügten Entwurf der Werbeanlagensatzung für das förmlich festgelegte Sanierungsgebiet Sangerhausen Kernstadt öffentlich auszulegen und die Träger öffentlicher Belange zu beteiligen.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 34
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 7-20/11** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

17:24 Uhr
Herr Schmidt kommt = 35

6.8 Einziehung eines öffentlichen Straßenteils in der Ortschaft Oberröblingen - Am Hopfberg

Begründung: Herr Schweiger

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte einstimmig zu.

Der **Ortschaftsrat Oberröblingen** lehnte einstimmig ab.

Herr Kemesies betont, dass der Ortschaftsrat Oberröblingen aus gutem Grund die Beschlussvorlage einstimmig abgelehnt hat. Man sollte über die Frage nachdenken, ob alle Straßen, die repariert werden müssen oder Schäden aufweisen, verkauft werden sollen. Weitere Beweggründe sind, die Ausweichmöglichkeit zur Bundesstraße (Umleitung) und die starke Frequentierung, nicht nur durch Einwohner und Kleingärtner. In der Vergangenheit wurden den Kleingärtnern Flächen, Parkplätze und Zufahrten entzogen. Außerdem ist für den Gewerbebetrieb und das Wohnhaus eine Zuwegung für Ver- und Entsorgungsfahrzeuge zu gewährleisten. Auch von der Landwirtschaft wird diese Straße stark genutzt, weil die notwendigen Wenderadien mit übergroßen Fahrzeugen auf der Ampelkreuzung nicht erreicht werden. In Bezug auf die Leitplanken macht er deutlich, dass es Jahrzehnte auch ohne diese ging. Dass der vorliegende Schaden die Folge eines Unfalls ist, hält er für ein Gerücht. Die Böschung ist regelrecht weggerutscht. Statt Leitplanken zu setzen, hätte er hier den Vorschlag gemacht, in dem Bereich eine Verrohrung vorzunehmen. Das ist die günstigste Variante.

Herr Schweiger kann nachvollziehen, dass jeder gern eine komfortable 2. Erschließung hätte. Er sagt aber auch ganz deutlich, dass verkehrsrechtlich keine Notwendigkeit besteht. Es geht darum, dass die Stadt eine und nicht mehrere Erschließungen für alle zu Verfügung stellen muss. Fraglich ist letzten Endes, ob es sich die Stadt leisten kann, in dem Umfang mehrere Erschließungen vorzuhalten. Eine Verrohrung ist nicht so einfach zu realisieren, weil einerseits der Graben eine Entwässerungsfunktion für die angrenzenden Felder hat. Mit der zuständigen Behörde muss ein förmliches Verfahren geführt werden. Ob eine Verrohrung im vorliegenden Fall günstiger wird, ist zweifelhaft. Andererseits ist auch nach einer Verrohrung zu klären, wer die Unterhaltungslast trägt. In der Regel trägt sie an offenen Bereichen der Unterhaltungsverband und bei geschlossenen verrohrten Bereichen gibt es erhöhte Unterhaltungsaufwendungen, die eventuell von der Kommune beglichen werden oder sie kommt selbst in die Pflicht. Er rät davon ab, da es nicht um eine prinzipielle notwendige Erschließung geht. Eine Leitplanke wäre schon wegen der Absturzhöhe von Nöten, was auch rechtlich abgesichert ist.

Herr Telle ist bekannt, dass es sich um einen Unfallschaden handelt. Er fragt, warum der Unfallverursacher nicht in die Pflicht genommen wird.

Herr Schweiger erklärt, dass die Polizei eingeschaltet wurde. Der Täter konnte aber nicht abschließend ermittelt werden, d.h. ihm konnte die Tat bzw. der Unfall nicht ausreichend nachgewiesen werden.

Herr Hüttel möchte wissen, was mit "öffentlichem Interesse" in folgendem Satz der Begründung der Beschlussvorlage gemeint ist. "Es besteht kein öffentliches Interesse an der Erhaltung dieser Zufahrtsmöglichkeit." Geht es hier um die Bürger von Oberröblingen oder um die Kämmererei?

Herr Schweiger begründet, dass es weder um die einen noch um die anderen geht. Eine Stadt darf nur die Einrichtungen vorhalten, an denen die Öffentlichkeit Interesse hat. Natürlich wird es immer jemanden geben, der für irgendetwas Interesse hat. Damit ist aber nicht das öffentliche Interesse gemeint. Das öffentliche Interesse ist, dass alle Grundstücke eine Erschließung haben, die ausreichend für diese Zwecke ist. Damit kann man sagen, dass ein öffentliches Interesse an dieser 2. Erschließung nicht mehr vorliegt.

Herr Peche stellt einen Antrag auf 1. Lesung. Die Vorlage wurde nur im Hauptausschuss beraten. Der Ortschaftsrat Oberröblingen hat einstimmig abgelehnt. Deshalb ist eine Beratung in den Ausschüssen und im Stadtrat wichtig. Er schlägt eine Verweisung in den Bau- und den Finanzausschuss vor.

KASSETTENWECHSEL

Herr Schweiger sieht in dem Antrag kein Problem. Im Moment ist der Straßenabschnitt gesperrt. Es besteht keine akute Gefährdung. Er kann aber nicht erkennen, dass sich an der momentanen Situation etwas ändern sollte.

Herr Kotzur unterstützt den Antrag auf 1. Lesung. Er vermutet, dass die Ablehnung daraus resultiert, dass ein Kaufinteresse am Straßenabschnitt besteht. Das sollte überprüft werden. Die Einziehung der Straße ist sicherlich nicht das große Problem. Anders ist, wenn gleich wieder verkauft wird und die Interessen anderer betroffen sind. Hier sollte man noch einmal gründlich beraten und mit dem Ortschaftsrat ins Gespräch kommen.

Herr Schweiger wird im Ortschaftsrat die Thematik vortragen. Bei der letzten Ortschaftsratssitzung wurde die Anwesenheit der Verwaltung nicht für notwendig erachtet.

Herr Kemesies kritisiert, dass die Ortschaftsräte, die keine Stadträte und Sachkundigen sind, die Stadtratsvorlage nicht erhalten haben. Er äußert sich zum "öffentlichen Interesse". Auch Sangerhausen und andere Ortschaften haben zwei Zuwegungen aus einer Richtung. Die Oberröblingen sehen diese Zuwegung als wichtig an. Außerdem wurde die Straße erst vor 10 oder 12 Jahren grundhaft ausgebaut. Eine Entwidmung eines frisch grundhaft ausgebauten

Verkehrsweges ist nicht nachzuvollziehen. Es geht um eine abgebrochene Fläche von ca. 5 m. Inwieweit der grundhafte Ausbau ursächlich war, ist eine andere Frage.

Herr Schweiger versteht etwas anderes unter "grundhaftem Ausbau". Die Frage ist nicht, wie man eine Verbesserung erreicht, durch Verbreiterung oder sonstiges, sondern, ob die Notwendigkeit besteht und ob es sich die Stadt im Moment leisten kann, soll und will. Im Ausschuss wird er zu den Themen grundhafter Ausbau und Belastungsklassen sprechen.

Herr Windolph informiert, dass der Ortschaftsrat die Meinung des Landwirtes gehört hat. Dieser hat klar zum Ausdruck gebracht, wenn es dort zu einer Schließung kommt, würde er auf seinen landwirtschaftlichen Nutzflächen sofort einen Grünweg anlegen, um seinen Fahrzeugen weiterhin das Durchfahren zu ermöglichen. Wenn er also bereit ist, einen Teil seiner Nutzflächen zur Verfügung zu stellen, könnte damit gegebenenfalls auch weiterhin der Verkehr (Fußgänger, Radweg) dort fließen. Die Verkehrsführung würde sich von dem Graben etwas weiter wegbewegen. D.h. die Gefährdung könnte weiterhin gesenkt werden. Er schlägt vor, Herrn Portmann in die Ausschusssitzung einzuladen.

Herr Schweiger sieht kein Problem darin. Die Beratungen sind öffentlich.

Herr Poschmann stellt den Geschäftsordnungsantrag, der bereits im Raum steht. Statt 1. Lesung beantragt er die Verweisung an den Bau- und den Finanzausschuss.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag Verweisung an den Bau- und den Finanzausschuss

Ja-Stimmen	=	34
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	1

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag mehrheitlich bestätigt.

6.9 Optimierung des Regiebetriebes Bauhof der Stadt Sangerhausen nach vorliegendem Konzept und Masterplan - 2. Lesung und Beschlussfassung

Vor der Ratssitzung wurde eine Austauschvorlage verteilt. Diese wurde den nichtanwesenden Stadträten am 11.07.2011 zugeschickt.

Herr Mrozik begründet die Beschlussvorlage und mit Verweis auf die Austauschvorlage macht er auf die Änderung des Beschlusstextes aufmerksam. Er beantragt eine namentliche Abstimmung.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr Skrypek, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 3 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Mrozik, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stellte einen Antrag auf Nichtabstimmung, der mit 5 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen und 1 Ja-Stimme mehrheitlich abgelehnt wurde.

Der Ausschuss stimmte mit 3 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen mehrheitlich zu.

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Beschlusstext wurde vom Einbringer erweitert, sodass der 2. Satz wie folgt lauten sollte. "Es soll ein Plan zur Optimierung des vorliegenden Konzeptes erstellt werden und bis zum 31.12.2011 beschlossen werden." Hier ist von einer Beschlussfassung durch den gesamten Stadtrat und nicht nur durch die Fraktionsvorsitzenden und die Ortsbürgermeister die Rede. Mit dieser Intension wurde der Vorlage mit 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Stellungnahme des Wirtschafts- und Umweltausschusses, Stadtrat Herr Prause, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte mit 6 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme mehrheitlich zu. Er schließt sich den Ausführungen von Herrn Windolph an. Der abzustimmende Beschlusstext unterschied sich von dem jetzt vorliegenden.

Herr Mrozik nennt die Beweggründe für die Änderung. Der Beschluss wäre mit dem ursprünglichen Beschlusstext praktisch nicht umsetzbar gewesen. Der Oberbürgermeister hätte dagegen Widerspruch eingelegt. Die wichtigste Festlegung ist, dass der Bauhof ein Regiebetrieb bleibt und dass die Ortschaften in die Umsetzung des Konzeptes einbezogen werden.

Die Beschlussvorlage wurde in **allen Ortschaftsräten** beraten. Riestedt stimmte einstimmig zu. Oberröblingen und Rotha lehnten einstimmig ab. In den anderen Ortschaften fand keine Abstimmung statt.

Herr Poschmann macht noch einmal deutlich, dass der Bauhof ein Regiebetrieb und somit ein Hilfsbetrieb der Verwaltung ist. Es handelt sich um keine öffentliche Einrichtung im Sinne des § 44 (3) GO LSA. Der Bauhof kann nicht von jedermann in Anspruch genommen werden. Mit seiner Organisationsentscheidung ist er auf Gegenwehr gestoßen. Es geht jetzt darum, nach einer gewissen Anlaufphase, die Erfahrungen und Ergebnisse auszuwerten und zu diskutieren. Der richtige Kreis dafür wären zunächst die Ortsbürgermeister und Fraktionsvorsitzenden. Er weist darauf hin, wenn der Beschluss gefasst wird, dass der Bauhof ein Regiebetrieb bleibt, sind die vorhergehenden Beschlüsse nichtig. In der vorliegenden Form würde er der Vorlage zustimmen.

Herrn Skrypek erschließt sich nicht die Notwendigkeit der Beschlussfassung. Der Bauhof wird bereits als Regiebetrieb geführt. Vorschläge und Diskussionen bei der Umsetzung des Konzeptes sind seitens des Stadtrates hilfreich und erforderlich, aber letzten Endes obliegt der Verwaltung und somit dem Oberbürgermeister die Entscheidungsbefugnis. Er hat ein Problem mit dem 2. Satz des Beschlusstextes, nämlich mit der Umsetzung durch die Ortsbürgermeister und die Fraktionsvorsitzenden. Diese Diskussion sollte in den Ausschüssen geführt werden. Sie sind öffentlich. Es kann jeder daran teilnehmen.

Herr Peche versteht das Ansinnen der BOS-Fraktion, die eine Optimierung des Bauhofes anstrebt. Das ist und war Thema mehrerer Legislaturen im Stadtrat und wird auch immer weiter Thema sein, was auch dringend erforderlich ist. Wird der Regiebetrieb weitergeführt, gibt es eine ganz konkrete Aussage: "Organe und Zuständigkeiten sind der Oberbürgermeister". Deshalb ist der 2. Satz des Beschlusstextes rechtswidrig. Er fragt, was die Zusammensetzung von Ortsbürgermeistern und Fraktionsvorsitzenden für ein Gremium gemäß Kommunalverfassung sein soll und wer diese Zusammenkunft legitimiert, sodass dieses Gremium den Oberbürgermeister beraten und auf Entscheidungen Einfluss nehmen kann. Wenn das so ist, müsste zusätzlich ein Betriebsausschuss oder ähnliches gebildet werden. Wo ist die demokratische Gerechtigkeit dabei, wenn man sieht wie viele Fraktionsvorsitzende und wie viele Ortsbürgermeister es gibt? Das geht schon einmal gar nicht auf. Es gibt keine paritätische Besetzung. Die Sache ist nicht bis zum Schluss durchdacht. Mehrheitlich wird es jetzt nichts anderes geben, als einen Regiebetrieb. Es gibt aber einen Beschluss. Die Verwaltung sollte die Wirtschaftlichkeit der beiden Varianten nachweisen. Sie ist das dem Stadtrat bis heute schuldig. Wenn man sich das Konzept anschaut, gibt es genug Kriterien und Vorteile, warum es eine ganze Zeit Befürworter des Eigenbetriebes gab. Mit dem heutigen Beschluss wird es der Verwaltung zu einfach gemacht. Es wurden über 25 T€ für das Konzept ausgegeben. Er bittet darum, den Beschluss, der im Mai 2009 gefasst wurde, aufzuheben und die Gründe der Aufhebung zu benennen. Dann kann im Regiebetrieb weitergearbeitet werden. Der 2. Satz des Beschlusstextes ist zu überarbeiten.

Herr Kotzur plädiert für den Regiebetrieb und hält die Beschlussvorlage für wichtig, weil mit dem Beschluss alle Beschlüsse aufgehoben sind, die einen Eigenbetrieb favorisieren. Ein Beratungsgremium aus Ortsbürgermeistern und Fraktionsvorsitzenden ist gemäß GO LSA kein legitimes Gremium. Der 2. Satz aus der Ursprungsvorlage: "Es soll ein Plan zur Optimierung der Standorte erstellt und beschlossen werden.", beinhaltet jedwede Beratungsmöglichkeit des Oberbürgermeisters mit Ortsbürgermeistern, Stadträten und Ausschüssen, um aus diesen Diskussionen heraus, seine Entscheidungen ableiten zu können.

Herr Kotzur stellt im Namen der Fraktion DIE LINKE. den Antrag, zum Ursprungstext zurückzukehren und diesen zu beschließen.

Herr Skrypek stellt den Geschäftsordnungsantrag Zurückverweisung an die Ausschüsse.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag Zurückverweisung an die Ausschüsse

Ja-Stimmen = 16
Nein-Stimmen = 17
Stimmenenthaltungen = 2

Damit ist der Geschäftsordnungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Herr Kotzur erinnert an seinen Antrag. Der Beschlusstext der ursprünglichen Vorlage (Ratspost) lässt alle Diskussionen offen. Es wird kein bestimmtes Gremium festgelegt.

Herr Mrozik bringt zum Ausdruck, dass die BOS-Fraktion den Antrag der Fraktion DIE LINKE. unterstützt.

Herr Klein stellt fest, dass der Beschluss überhaupt keine Wirkung entfaltet. Es ist die Aufgabe des Oberbürgermeisters, zu beschließen, was gemacht wird.

Herr Poschmann erklärt, aus welchem Grund die Austauschvorlage eingebracht wurde. Er hat sich im Vorfeld dem Einbringer gegenüber so geäußert, dass er Widerspruch einlegen müsste, wenn die ursprüngliche Vorlage beschlossen wird. D.h. die Struktur, die sich aus einem Konzept ableitet, darf ihm nicht vorgegeben werden. Er hat selbst die Entscheidung zu treffen. Der 2. Satz des Beschlusstextes der Austauschvorlage garantiert ihm das, aber nur nach Beratung mit dem Gremium. In die Diskussion soll Transparenz hineingebracht werden. Den Geschäftsordnungsantrag kann man im Moment nur ablehnen, es sei denn, Herr Kotzur nimmt ihn zurück. Es soll heute eine Entscheidung getroffen werden.

Herrn Peche erschließt sich nicht der Sinn des 2. Satzes des ursprünglichen Beschlusstextes. "Es soll ein Plan zur Optimierung der Standorte erstellt und beschlossen werden." Fraglich ist unter anderem, wer den Plan erstellt. Um Einfluss zu nehmen, müssen Fakten benannt werden.

KASSETTENWECHSEL

Frau Kümmel unterbreitet einen Kompromissvorschlag. Der 2. Satz des Beschlusstextes wird gestrichen und nur der 1. Satz ("Der Stadtrat beschließt, den Bauhof der Stadt Sangerhausen als Regiebetrieb zu betreiben.") wird abgestimmt. Um allen Fraktionen entgegenzukommen, wird eine Protokollnotiz mit folgendem Inhalt gemacht.

"Der Bürgermeister wird aufgefordert, sein Konzept mit den entsprechenden Ausschüssen und den Ortschaftsräten zu beraten."

Herr Mrozik bringt zum Ausdruck, dass die BOS-Fraktion als Einbringer den Vorschlag unterstützt.

Herr Poschmann möchte, dass folgendes in das Protokoll aufgenommen wird. Er gibt ein Kompromissangebot ab und erklärt, dass er gern bereit ist, das so zu machen.

Frau Scheffel schließt sich der Meinung von Frau Kümmel an.

Herr Kotzur zieht seinen Antrag zurück.

Herr Mrozik verzichtet auf namentliche Abstimmung.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt, den Bauhof der Stadt Sangerhausen als Regiebetrieb zu betreiben.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 29
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 6

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 8-20/11** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

18:20 Uhr
Frau Römmisch und
Herr Polster gehen = 33

7. Beratungsgegenstände in nichtöffentlicher Sitzung

.
. .
.

9. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Telle stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt den im nichtöffentlichen Teil unter TOP 7.1 gefassten Beschluss mit der Nummer 9-20/11 bekannt.

Um 18:45 Uhr beendet der amtierende Stadtratsvorsitzende Herr Telle die Sitzung.

Simone Jung
Protokollführerin

Jürgen Telle
amtierender Vorsitzender